

FD / Motion SVP-Fraktion vom 2. Mai 2024

Überwachung und Steuerung der Staatsbeiträge

Antrag der Regierung vom 7. Mai 2024

Nichteintreten.

Begründung:

Die Regierung hat dem Kantonsrat mit dem Bericht zu den «Langfristigen Finanzperspektiven» vom 12. Dezember 2023 (33.24.04A) eine umfassende Information zur Entwicklung der Staatsbeiträge zukommen lassen. Die Finanzkommission hat im Rahmen der Sitzung vom Januar 2024 gewünscht und in Aussicht genommen, das Thema der Steuerung der Staatsbeiträge nochmals vertieft in der August-Sitzung 2024 zu beraten. Aus Sicht der Regierung ist es vor diesem Hintergrund wenig sinnvoll, bereits im Vorfeld dieser Beratung neue Aufträge zu erteilen.

Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die Herausforderungen im Bereich der Staatsbeiträge nicht wie im Vorstoss erwähnt bei den neuen Staatsbeiträgen liegen, sondern vielmehr bei den bestehenden Staatsbeiträgen. Die Regierung hat die wesentlichsten Staatsbeiträge im Anhang des Berichts zu den «Langfristigen Finanzperspektiven» im Detail dargestellt. Die Steuerung und die finanzpolitische Diskussion muss bei diesen Positionen erfolgen und nicht mittels Aufzeigen von Effizienzsteigerungen und Einsparungen in bestehenden Aufgabengebieten.